

II-14352 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 69481J

1994-07-13

A n f r a g e

der Abgeordneten Wolf, Hofmann
und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat in einer Sonderausgabe der Zeitschrift "Förderungsdienst" Folge 3d/1994 die Broschüre "Mein Betrieb und die EU" herausgegeben.

Wie andere Kammerzeitungen hat der "Kärntner Bauer, Die Wochenzeitschrift der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kärnten" in seiner Nummer vom 4. Juni 1994 unter der Überschrift "Kalkulieren Sie Ihren Betrieb!" Berechnungen über Einkommen österreichischer landwirtschaftlicher Betriebe in der EU veröffentlicht.

Auch der Agrarexperte des WIFO Matthias Schneider hat in seiner Studie "Chancen und Risiken der Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt" ähnliche Einkommensberechnungen angestellt.

In allen genannten Fällen wäre ein wesentlicher Schwerpunkt ein österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL), das inhaltlich und finanziell von den zuständigen Stellen der EU offiziell genehmigt ist.

A3/SPBTEXT

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

A n f r a g e

1. Sie schreiben in der Broschüre "Mein Betrieb und die EU", daß ÖPUL von der EU "vorapprobiert" ist, obwohl die geforderte Übereinstimmung mit der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 DES RATES vom 30. Juni 1992 von Experten bezweifelt wird. Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, öffentlich zu erklären, daß "vorapprobiert" garantiert, daß dieses Programm in Österreich vollinhaltlich Wirklichkeit wird? Im EUROPA-ABKOMMEN vom 22. April 1994 wurde die durch Österreich notwendige Finanzierung abgesichert.
2. Wenn Sie die Frage 1. mit Ja beantworten, warum wurde dann den betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben nicht bereits die Richtlinien mitgeteilt, wie das zum Beispiel die Österreichische Jungbauernschaft bei ihrer Präsidialsitzung am 28. Juni 1994 in Graz und der ÖVP-Bauernbundpräsident Schwarzenberger am 1. Juli 1994 laut AIZ gefordert haben?
3. Wenn Sie die Frage 1. nicht mit einem uneingeschränkten Ja beantworten können, übernehmen Sie die Verantwortung gegenüber allen bäuerlichen Betrieben, die aufgrund Ihrer Broschüre oder der Veröffentlichungen in den Landwirtschaftskammerzeitungen bereits Maßnahmen für die Zukunft gesetzt haben? Wenn nicht, wer ersetzt diesen Betrieben den möglichen Schaden?